

ANTRAG

Gremium: *Landeskongress*

Beschlussdatum: *29.11.2025*

Tagesordnungspunkt: *10.c. Inhaltliche Anträge*

A2NEU2: Das Bildungsversprechen wahren

Antragstext

1 Das Wiener Bildungssystem steht schwer unter Druck und wird seinen Ansprüchen
2 derzeit, trotz des großen Engagements von Lehrer:innen und Schulleitungen nicht
3 gerecht. Besonders die große Anzahl an Kindern und Jugendlichen nicht-deutscher
4 Muttersprache stellt das Schulsystem vor große Herausforderungen und verhindert
5 in vielen Fällen einen geregelten und hochqualitativen Unterrichtsbetrieb. Es
6 bedarf struktureller Verbesserungen und Änderungen, um allen interessierten und
7 motivierten Schüler:innen einen Unterricht zu bieten, mit dem sie ihr Potenzial
8 bestmöglich entwickeln können.

9 Deutsch als Unterrichtssprache ist die Grundlage für die Teilnahme am
10 Schulbetrieb, wie auch für die gesellschaftliche Teilhabe. Ausreichende
11 Deutschkenntnisse müssen einer Eingliederung in den regulären Unterricht
12 vorausgehen. Grundsätzlich wäre eine Integration durch Durchmischung, in der
13 nicht-deutschsprachige Kinder von deutschsprachigen Kindern die Sprache
14 erlernen, wünschenswert. Dies ist aufgrund der demographischen Situation in Wien
15 nicht mehr möglich. Dementsprechend fordern wir eine andere Herangehensweise,
16 wie folgt:

1. Verschiebung in Regelklasse erst mit ausreichenden Deutschkenntnissen

18 Derzeit erfolgt die Verschiebung aus Deutschförderklassen in eine Regelklasse
19 mit erfolgreichem Bestehen des MIKA-D-Test, oder nach vier Semestern. Um
20 Schüler:innen besser zu unterstützen, und auch die Qualität des Regelunterrichts
21 aufzuwerten soll es zukünftig nur mehr möglich sein, mit erfolgreich abgelegtem
22 MIKA-D Deutschtest in den Regelschulbetrieb einzusteigen. Bis dahin hat ein/e
23 Schüler:in den Deutschförderkurs zu besuchen.

24 **2. Deutschförderkurse inhaltlich aufwerten**

25 Um den Spracherwerb zu erleichtern, und die Schüler:innen bereits im Zuge des
26 Förderprogramms auf den Regelschulbetrieb vorzubereiten, sind Deutschförderkurse
27 teilweise inhaltlich bereits ähnlich dem normalen Unterricht zu führen, um
28 Schüler:in Deutsch direkt anhand praktischer Beispiele beizubringen. Weiters
29 sollten diese Deutschförderkurse mit Erkenntnissen aus der Sprachwissenschaft
30 und anhand digitaler Unterrichtsmittel laufend verbessert werden.

31 **3. Deckelung des sonderpädagogischen Förderbedarfs aufheben**

32 Derzeit ist der Anteil der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf
33 auf 2,7% gedeckelt, wobei der tatsächliche Anteil dieses Limit deutlich
34 übersteigt. Dies hat nicht nur die unzureichende Förderung dieser Kinder zur
35 Folge, sondern verschlechtert auch den Unterricht für alle anderen
36 Schüler:innen. Diese Deckelung ist aufzuheben.

37 **4. Keine forcierte Verteilung von Schüler:innen**

38 Schüler:innen sind zu jedem Zeitpunkt als Individuen unabhängig ihrer Herkunft
39 zu sehen. Wir sprechen uns klar gegen eine forcierte Verteilung aus. Eltern soll
40 es frei sein, ihre Kinder in der ihrer Ansicht nach bestgeeigneten Schule
41 anzumelden. Sollte eine Schule mehr Anmeldungen als verfügbare Plätze erhalten,
42 so ist es ihr erlaubt, die Entscheidung über die Aufnahme über selbst
43 festgelegte Aufnahmekriterien und Aufnahmetests zu gestalten.

44 **5. Große Altersunterschiede in Klassen vermeiden**

45 Wir sehen es als Problem, wenn 13-jährige mit 10-jährigen in derselben Klasse
46 sitzen. Um der daraus resultierenden Dynamik entgegenzuwirken, sollten Klassen
47 altershomogen aufgestellt werden. Für Schüler:innen, die 2 Jahre und mehr über
48 dem Regelalter einer Schulstufe liegen, sollten eigene, bei Bedarf
49 schulübergreifende Klassen eingerichtet werden.

50 **6. Opferschutz vor Täterschutz**

51 Lehrer:innen beklagen sich häufig über fehlende Möglichkeiten, Konsequenzen für
52 drastisches und wiederholtes Fehlverhalten zu verhängen. Auch Mitschüler leiden
53 häufig sehr unter dem Verhalten von ein paar wenigen verhaltensauffälligen
54 Schülern. Die derzeitige Lösung, eine Suspendierung von maximal drei Wochen,
55 nach der sie wieder in die alte Klasse zurückkehren, ist unzureichend und nur

56 temporär wirksam. Um hier eine permanente Lösung zu erwirken, welche das
57 Bildungsrecht des verhaltensauffälligen Schülers wahrt, empfehlen wir die
58 Einrichtung dafür vorgesehener Klassen an ausgewählten Schulen in Wien, an
59 welche betroffene Schüler als letzte Maßnahme versetzt werden können.

60 **7. Schule als religionsfreier Raum**

61 Als öffentliche Einrichtungen eines Staates, in dem Religion und Staat getrennt
62 sind, sind Schulen als religionsfreie Räume ausgelegt. Es bedarf einer klaren
63 Positionierung auf Landesebene, dass religiösen Wünschen von Schüler:innen keine
64 Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Als solches sind Forderungen nach
65 Gebetsräumen und das Fernbleiben vom Unterricht aufgrund religiöser Feste oder
66 Gottesdiensten strikt abzulehnen. Auch religiöse Symbole wie das Kreuz im
67 Klassenzimmer sind unerwünscht. Des Weiteren sind religiöse Kleidungsstücke,
68 insbesondere jene, welche Kinder unterdrücken und/oder sexualisieren, für Kinder
69 unter 14 Jahren in Schulen in keiner Form gestattet.

70 **8. Einheitlicher Werteunterricht**

71 Um die religiösen Abgrenzungen zwischen Schülern nicht hervorzuheben ist von
72 separatem Religionsunterricht der verschiedenen Religionen abzusehen.
73 Stattdessen sollte ein gesammelter Werte- und Ethikunterricht stattfinden, in
74 dem man über alle Religionen, und die Werte des westlichen, wie auch anderer
75 Weltbilder, lernt.

76 Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies
77 propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS sind überzeugt davon,
78 Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

79 Wir fordern härtere Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, die
80 antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag
81 legen.

82 Doch hier kann man nicht nur die Schüler:innen in Verantwortung nehmen, auch die
83 Erziehungsberechtigten müssen ihren Teil dazu beitragen, dass sich das Verhalten
84 der Schüler:innen im Rahmen unserer demokratischen und pluralistischen
85 Grundsätze befindet. Daher muss es ebenfalls schärfere Maßnahmen für
86 Erziehungsberechtigte geben, sollten diese sich weigern, Teil der Problemlösung
87 zu sein.

88 Die ersten Jahre sind in der Entwicklung eines Kindes die mit Abstand
89 wichtigsten. Hier sehen wir akuten Handlungsbedarf, um Kindern die bestmöglichen
90 Chancen geben zu können.

9. Verpflichtendes zweites Kindergartenjahr mit Ganztagesoption

In der Forderung nach einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr schließen wir uns der bestehenden Beschlusslage an, sehen damit aber den Handlungsbedarf noch nicht gedeckt. Sollten bei einem Kind zum Start des Kindergartens mit vier Jahren bereits deutliche Sprach- und Entwicklungsrückstände festgestellt werden, ist dieses Kind ganztägig im Kindergarten zu betreuen und zu fördern. Ein Hauptaugenmerk sollte hierbei auf die Sprachförderung gelegt werden, welche für die weitere Bildung unabdingbar ist. Wir sind uns des zusätzlichen Ressourcenaufwands bewusst, sehen dies aber als mitunter effektivsten Hebel, um die langfristigen Bildungschancen von Kindern bildungsferner Familien zu sichern.

10. Nicht bindende Empfehlung zur Bereitschaft der Einschulung ausstellen

Kindergärten und Volksschulen kommunizieren nicht, wenn es um die Entwicklung und Bereitschaft eines Kindes zur Einschulung geht. Da besonders Kindergärten über das Entwicklungslevel eines Kindes Bescheid wissen, empfehlen wir die Ausstellung eines Berichtes, in dem die Bereitschaft eines Kindes für die Einschulung festgestellt wird. Diese Einstufung ist nicht bindend, sollte jedoch die Entscheidung der Volksschule zur Einschulung oder zu einem Vorschuljahr informieren.

Technologie in der Schule

Kinder sollen zu digitalen Expert:innen mit entsprechender Medienkompetenz heranwachsen. Das erfordert den richtigen Rahmen für den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Endgeräten. Während Smartphones Lernprozesse und die Aufmerksamkeit im Unterricht beeinträchtigen, bietet der gezielte Einsatz von PCs einen Lernzuwachs. Eine ausgewogene Nutzung ist entscheidend, um die Chancen zu nutzen und Risiken zu minimieren.

Viele Länder haben bereits Handyverbote in Schulen und im Unterricht umgesetzt. Österreich hinkt hier hinterher. Es ist längst überfällig, in Zusammenarbeit mit allen Stakeholdern ein entsprechendes Verbot im Pflichtschulbereich umzusetzen, mit Ausnahmen für einen gezielten Einsatz, etwa im Fach "digitale Grundbildung", auf Anweisung der Lehrkraft.